



Neue Zürcher Zeitung  
8021 Zürich  
044/ 258 11 11  
www.nzz.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 115'622  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 645.007  
Abo-Nr.: 1073485  
Seite: 15  
Fläche: 23'920 mm<sup>2</sup>

## Die Regierung hat weiterhin grosse Vorbehalte

*Die Reaktionen auf den Bundesratsentscheid für einen zivilen Flugbetrieb in Dübendorf fallen mehrheitlich kritisch aus*

sho. · Zwar würdigt der Regierungsrat die Nachricht aus Bern in der Überschrift seiner Mitteilung als «Meilenstein auf dem Weg zum Innovationspark Zürich». Er begrüsst ausdrücklich, dass der Bundesrat für dieses Projekt 70 Hektaren Land auf dem Flugplatzgelände in Dübendorf zur Verfügung stellt. Die Planungsarbeiten seien vor einigen Monaten in Angriff genommen worden, schreibt er. Die Freigabe des Landes durch den Bund sei nun ein wichtiger Schritt und erlaube es, die raumplanerischen und organisatorischen Grundlagen für den Innovationspark rechtzeitig bis Mitte 2015 zu schaffen.

### Bedenken zur Sicherheit

Volkswirtschaftsdirektor Ernst Stocker spricht «diesbezüglich» von einem guten Tag. Nun könne der Regierungsrat mit dem VBS die Konditionen aushandeln, zu denen der Kanton die 70 Hektaren attraktive Landfläche übernehmen werde – für einen enorm wichtigen Zweck: «Innovation ist die Treiberin der Schweizer Wirtschaft», so Stocker.

Hauptsächlich widmet sich das Communiqué aber dem Umstand, dass der Bund den Flugplatz auch künftig für Geschäftsfliegerei, Leichtaviatik und Werkflüge nutzen will, was die Regierung mit Bedauern zur Kenntnis nimmt. Sie hatte sich in den letzten zwei Jahren stets gegen die Aufrechterhaltung des Flugbetriebs in Dübendorf mit Ausnahme eines Heliports für Armee, Kantons-

polizei und Rega ausgesprochen. Aus politischen und betrieblichen Gründen bekräftigt der Regierungsrat seine Vorbehalte hinsichtlich der dichtbesiedelten Region und der unmittelbaren Nähe zum Luftfahrtzentrum Kloten. Das erhöhe die Komplexität im Zürcher Luftraum und stelle die Bestrebungen für Planungs- und Rechtssicherheit im Umfeld des Flughafens infrage. Der Regierungsrat betont, er werde in den nun nötigen planungsrechtlichen Verfahren die Interessen des Kantons wahrnehmen.

Stocker verhehlte auf Anfrage seinen Missmut über den Entscheid für die weitere Fliegerei nicht. Vieles sei noch nicht bekannt, etwa wer die jährlich 28 000 Benutzer der Pisten sein werden. Nötig werde nun ein SIL-Verfahren (Sachplan Infrastruktur Luftfahrt). Wenn er sehe, wie lange sich das im Fall des Flughafens hinziehe, dann sei es geradezu grosszünftig, in Dübendorf eine Dauer von 5 bis 10 Jahren zu erwarten. Insofern bewege sich die Planung nun auf zwei Zeitschienen, könnten doch im besten Fall in 3 bis 4 Jahren erste Nutzer des Innovationsparks einziehen.

### Nicht kostendeckend?

Erfreut über den bundesrätlichen Entscheid ist naturgemäss die Flugplatz Dübendorf AG, die in der Ausschreibung den Zuschlag erhielt. Sie sei stolz, an diesem geschichtsträchtigen Ort ein nächstes Kapitel der Schweizer Aviatik schreiben zu dürfen, stellt sie fest. Als Näch-

stes werde sie mit dem Bund eine Rahmenvereinbarung abschliessen, die sie ermächtigt, alle für die Erwirkung der Betriebsbewilligung erforderlichen Planungsverfahren durchzuführen. Auch die Gesellschaft rechnet damit, dass es mehrere Jahre dauern wird, bis sie den Betrieb aufnehmen kann. Zufrieden ist ebenso der hinter dem Unternehmen stehende Verband Aerosuisse.

Kritisch äussert sich das 1990 gegründete Forum Flugplatz Dübendorf: Es will den Luftwaffenstützpunkt erhalten und lehnt den Innovationspark ab. Deshalb kritisiert es auch die geplante Verkürzung der Piste. Das Forum befürchtet, dass der zivile Flugbetrieb nicht kostendeckend ist und vom Bund subventioniert werden muss. Das Nebeneinander eines Innovationsparks und eines Flugplatzes werde zu einem Verkehrschaos führen; friedliche Koexistenz mit einem neuen, angrenzenden Stadtteil sei Wunschdenken, schreibt das Forum.

Von den politischen Parteien reagierten die Grünen am schnellsten; auch sie fordern, die Piste sei stillzulegen. Für sie verletzt die Landesregierung mit ihrem Beschluss aufs Größte die Grundsätze des Lärmschutzes. Die Grünliberalen sind entsetzt über den Bundesrat, die BDP Dübendorf schreibt von einem Horrorszenario. Die Zürcher Planungsgruppe Glatttal teilte mit, sie lehne die zivilaviatische Nutzung des Flugplatzes Dübendorf entschieden ab.